

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse  
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Druckpreisliste  
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 41.

Sonnabend, 18. Februar 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der landl. Postämtern 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Print und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Restaurantstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herrn. Schmidt in Riesa.

## Bekanntmachung,

### die Zählung der Fabrikarbeiter betreffend.

Die Ortsbehörden im Verwaltungsbezirke der unterzeichneten Königl. Amtshauptmannschaft (der Herr Bürgermeister zu Maderburg, sowie die Herren Gutsoversteher und Gemeindevorstände) werden hiermit aufgefordert, wegen der am 1. Mai dieses Jahres vorzunehmenden Zählung der Fabrikarbeiter bezüglich ihrer Bezirke diejenigen Gewerbeunternehmer, welche

- in ihren Gewerbeanlagen
  - mindestens 10 Arbeiter beschäftigen oder
  - Dampfessel verwenden, mit Ausnahme der nachstehend unter 9 gedachten Anlagen oder
  - mit Sand-, Wasser-, Gasmaschinen- oder Heißluftmaschinen-Vertrieb arbeiten oder
- nach § 16 der Reichsgewerbe-Ordnung und deren Nachträgen zur Errichtung ihrer Anlagen besondere Genehmigung erhalten haben und deshalb bei der gedachten Zählung in Frage kommen würden — mit Ausnahme der nachstehend unter 8. aufgeführten Schlächtereien — unter gleichzeitiger Angabe der Gewerbebranche bis

zum 15. März dieses Jahres

anher namhaft zu machen, um darnach die nötige Zahl der Zählformulare bemessen zu können. Gleichzeitig wird zur Vermeidung von Zweifeln darauf aufmerksam gemacht, daß inbald einer anher ergangenen Verordnung des Königl. Ministeriums des Innern

- die der Aufsicht der Berginspektionen unterliegenden Bergwerke, auch wenn mit denselben Kohlenbrennerei, Briquetfabrikation oder ein anderer an sich zählpflichtiger Betrieb verbunden ist,
- Steinbrüche, sofern in denselben die gebrochenen Steine nicht besonders bearbeitet werden, und Gräberien,
- Baugeschäfte, welche von Elementarkraft betriebene Maschinen nicht benutzen, Dachdecker-, Stabmaler-, Steinleger-, Messer- und Brunnenbau-Geschäfte, landwirtschaftliche Betriebe und Gärtnereien,
- Triebwerke oder Anlagen, welche Motoren lediglich zur Privatbeleuchtung oder für häusliche Zwecke benutzen,
- Krahn- oder Aufzugsanlagen, auch mit Elementarbetrieb, Straßenbahnen und Dampfschiffahrtsgeschäfte,
- Fuhrwerks-, Lade-, Export-, Expeditions- und Verlags-Geschäfte,

- Motoren und Triebwerksanlagen in öffentlichen Anstalten und Gebäuden (Schulen, Theater, Krankenhäuser, Irrenanstalten, Gefängnisse u. s. w.) sowie in zoologischen Gärten,
- die Schlächtereien, mit Ausschluß der öffentlichen Schlachthäuser und der mit Elementarbetrieb arbeitenden Schlächtereien, sowie
- Anlagen, welche zwar Dampfessel, nicht aber Dampfmaschinen für ihren Betrieb benutzen, sofern dieselben weniger als zehn Arbeiter beschäftigen oder nicht zu den in § 16 der Gewerbeordnung verzeichneten genehmigungspflichtigen Betrieben gehören, bei der Fabrikarbeiterzählung unberücksichtigt zu lassen sind.

Der Bedarf an Zählformularen wird den Ortsbehörden spätestens am 20. April zugesandt werden.

Hierauf haben die genannten Ortsbehörden die Formulare an die betr. Gewerbeunternehmer mit der Weisung zur Verteilung zu bringen, dieselben am 1. Mai dieses Jahres wahrheitsgetreu auszufüllen, unterschrieben zu vollziehen und sodann ungefüllt an die Ortsbehörden wieder einzureichen.

Nach Wiedereingang der ausgefüllten Formulare sind letztere von den Ortsbehörden sofort und spätestens am 4. Mai dieses Jahres an die unterzeichnete Königl. Amtshauptmannschaft einzusenden.

Großenhain, den 15. Februar 1893.  
Die Königl. Amtshauptmannschaft.  
v. Wludt.

## Bekanntmachung,

### Kohlenlieferung betreffend.

Für die alte Caserne, die Schulen, das Rathhaus, das Armenhaus und das Wasserwerk hiersebst werden in diesem Jahre ca. 16000 Centner böhmische Mittelkohlen Nr. 1 gebraucht. Bedingungen giebt der Unterzeichnete auf Anfrage bekannt. Offerten sind versiegelt mit der Aufschrift „Kohlenlieferung“ bis zum 1. März 1893 Mittags bei Unterzeichnetem abzugeben. Riesa, am 18. Februar 1893.

Der Stadtrath.

J. A. A. Grundmann, Stadtrath.

## Tagesgeschichte.

In der Militärkommission sind, wie wir schon berichteten, alle Formalitäten für die Einführung der zweijährigen Dienstzeit abgelehnt worden. Man kann daraus schließen, daß die erste Lesung in der Kommission überhaupt erfolglos bleiben wird, hauptsächlich infolge des Regens der Centrumpartei, deren Standpunkt endgiltig zu formulieren. Damit ist jedoch das Schicksal des Gesetzes keineswegs entschieden, auch nicht für die Kommission. Denn diese hat eine zweimalige Beratung beschlossen, und wenn auch in der ersten Lesung über eine der Mehrheit zusagende Fassung keine Verständigung zu erreichen war, so ist für die zweite Lesung diese Möglichkeit keineswegs ausgeschlossen, ja es scheinen sich die Aussichten für ein Zustandekommen der Vorlage gebessert zu haben. Freilich giebt es dabei noch so viele Klippen zu umschiffen, daß schwerlich Jemand als Prophet sich aufzuspielen Neigung empfinden könnte, aber der Eindruck ist doch nicht abzuweisen, daß der Vertreter des Centrums in der Kommission in den letzten drei Sitzungen keineswegs mehr so schroff ablehnend sich verhielt, wie in den ersten Tagen der am 10. Januar eröffneten commissarischen Beratungen, daß er weit entgegenkommender sich zeigte, als es nach den früheren Reden im Plenum und in Vollversammlung erwartet werden konnte. Ja, der Abg. Dr. Lieber ging bereits so weit, Theile der sogenannten Windthorst'schen Resolutionen zum Opfer zu bringen, und während der verstorbene ultramontane Führer, gewissermaßen „testamentarisch“, die Centrumsmitglieder zum Festhalten an der jährlichen Bewilligung verpflichtete, erklärte sich der Wortführer des Centrums ausdrücklich mit einer fünfjährigen Bewilligungsfrist für die Festsetzung der Friedenspräsenzstärke einverstanden. Aber wenn auch so die Hoffnung gestiegen ist, daß schließlich eine Auflösung des Reichstages, überhaupt ein „Conflict“ sich vermeiden lassen wird, so scheint sich das doch nicht ohne unangenehme Opfer, ohne eine gewisse Demüthigung, erreichen zu lassen. Es ist überaus charakteristisch für das Centrum und für Herrn Dr. Lieber, daß dieser erklärte, daß seine Partei weder für die Regierungsvorlage, noch für einen der beiden Gegenvorschläge stimmen würde, daß das Centrum sich einen eigenen Antrag vorbehalte, daß dieser auch bereits formulirt sei, aber zunächst noch nicht vorgebracht werden solle. Worauf wartet man? Da drängt sich doch jeder die Befürchtung auf, daß ein Tauschgeschäft in Sicht ist, und man wird besonders aufmerksam dadurch, daß die Ultramontanen von Neuem behaupten, der Culturkampf sei

noch immer nicht beigelegt, der Friede sei erst „angebahnt“, wie es Herr Dr. Forst am 14. d. Mts. im preussischen Abgeordnetenhaus dem wiederholten Widerspruch des Cultusministers gegenüber, unter der lebhaftesten Zustimmung der Clerikalen mehrmals wiederholte. Wollen diese die Auslieferung der Schule, oder die Rückverufung der Jesuiten erzwingen? Soviel erscheint sicher, das Centrum möchte in der Militärfrage einen „Profit“ heraus schlagen, es möchte aber auch noch der Regierung, dem Reichstag und dem Lande gegenüber den Nimbus eines Retters des Vaterlandes gewinnen; für uns Protestanten ein recht unangenehmes, beunruhigendes Gefühl.

**Deutsches Reich.** Der Kaiser schiffte sich gestern in Wilhelmshaven mit dem Prinzen Heinrich und dem kommandirenden Admiral Freiherrn v. d. Welk auf dem Panzerschiff „König Wilhelm“ ein, welches alsbald, begleitet von dem Panzerfahrzeug „Beowulf“ nach Helgoland in See ging.

Der deutsche Landwirtschaftsrath hat sich gestern mit dem deutsch-russischen Handelsvertrag befaßt und nach kurzer Beratung folgenden Antrag der Herren v. Below-Saleste und Dr. v. Frege in einer die ungünstige Lage der Landwirtschaft betonenden Fassung angenommen: „Die Lage der Landwirtschaft ist nicht günstig genug, um ohne ernstliche Befürchtung ihres Wohlstandes irgend welche weitere Ermäßigung der landwirtschaftlichen Zölle ertragen zu können. Eine Herabminderung dieser Einfuhrzölle Rußland gegenüber würde in den östlichen preussischen Provinzen die Existenz zahlreicher Landwirthe geradezu in Frage stellen, überall in Deutschland aber die Landwirtschaft schwer schädigen, solange nicht das Deutsche Reich und Rußland eine auf festen gegenseitigen Vereinbarungen beruhende Währung besitzen und die Gefahr der Einschleppung von Viehsuchen aus Rußland durch wirksame Schutzmaßnahmen dauernd verhütet wird.“

Vom Reichstag. Abg. Graf Ranitz (kons.) berührte gestern die Währungsfrage, ging dann auf die Frage der Handelsverträge ein und hob hervor, daß ein in dem Reichsamt des Innern redigirtes offizielles Schriftstück selbst zugegeben habe, daß Italien gegenüber der Schweiz mehr herausgeschlagen habe als Deutschland. Die deutsche Handelsbilanz habe sich seit den Handelsverträgen verschlechtert. Deutschland stand bei dem autonomen Tarif weit besser als jetzt, wo ein Staat gegen den anderen bevorzugt würde. Könne auch die Debatte über die Handelsverträge kein positives Resultat haben, so liege der Werth doch darin, daß sie eine Klärung gebracht habe. In der Bemerkung des Reichstanzlers, daß er für die Landwirtschaft ein warmes

Herz habe, erblicke er ein Zeichen, daß das Vertrauen der Landwirtschaft zu der Regierung werde wieder hergestellt werden. Staatssekretär Freiherr von Marschall meint, die Ansichten des Grafen Ranitz bedeuteten den Verzicht auf die Erhaltung des auswärtigen Marktes. Das sei ein Bruch mit dem Prinzip der Zollgesetzgebung von 1879, welches gerade darauf hinausliefe, nicht bloß den inneren sondern auch den äußeren Markt für uns zu schützen. Freiherr Marschall hob ferner gegenüber dem Abg. Graf Ranitz hervor, daß gerade für die Baumwollindustrie, aus 18 Millionen Wiedereinfuhr und 25 1/2 Millionen Mehrausfuhr eine Besserung um über 38 Millionen sich ergebe. Der Staatssekretär wendete sich sodann gegen den gestrigen Angriff des Abg. Graf Limburg-Sturum im Abgeordnetenhaus gegen die Reichsregierung und betonte, Deutschland habe sich niemals in der Zwangslage befunden, Handelsverträge abzuschließen zu müssen. Deutschland ergriff nur die Initiative, dem von einer Anzahl von Staaten begonnenen Abperrungssystem eine Staatsgruppe gegenüberzustellen, welche von freieren Prinzipien ausgingen. Wenn die Regierung den 1. Februar 1892 abgewartet hätte, ohne zu den zollpolitischen Verschiebungen Stellung zu nehmen, so hätte man ihr zweifellos Unfähigkeit vorgeworfen. Für gänzlich unrichtig hält der Redner die Anschauung, daß man mit Staaten politisch verbündet sein und gleichzeitig im Zollkrieg leben könne. Das vom Grafen Ranitz angezogene Beispiel Frankreichs sei nicht ermutigend. Die französische Handelspolitik führte nur zu einem Zollkrieg mit der Schweiz. Staatssekretär v. Malgahn erklärte, die Regierung habe niemals den Bestrebungen zur Hebung des Silberpreises feindlich gegenüber gestanden. Sie erkenne die Schädigung der deutschen Interessen durch das Sinken des Silberpreises an und würde kein brauchbares Mittel unterlassen, um dem Sinken entgegenzuwirken. Aber von den in Brüssel gemachten Vorschlägen erwartet der Minister allerdings nichts. Abg. Büsing (nationalliberal) erklärte, seine Partei billige im Gegenzug zu dem Abg. Busch rückhaltlos die Handelspolitik der Regierung, sie werde auch für den russischen Handelsvertrag stimmen. Die Interessen der Landwirtschaft dürften nicht weiter unterstützt werden, als es mit den Interessen der anderen Berufsstände und Consumenten verträglich sei. Reichstanzler v. Caprivi bemerkte, es sei auffallend, daß diese Debatte über die Noth der Landwirtschaft gleichzeitig im Reichstage und im Abgeordnetenhaus geführt worden sei. Er nehme die Bewegung sehr ernst, er habe die feste Ueberzeugung, daß die jetzigen Vorgänge für Deutschland die